

Ingrid Sehrbrock
Stellvertretende Vorsitzende
des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Generation Praktikum 2011

Es gilt das gesprochene Wort!

Berlin, 04. Mai 2011

Sehr geehrte Damen und Herren,

ohne Praktikantinnen und Praktikanten hätten viele Unternehmen ein gravierendes Problem. Zu dieser Schlussfolgerung muss man jedenfalls kommen, wenn man sich die Zahlen unserer neuen Studie „Generation Praktikum 2011“ anschaut. Vier von fünf Praktikanten leisten vollwertige Arbeit in den Betrieben, drei von vier geben an, dass sie fest in die Arbeitsabläufe eingeplant sind. Mit dem eigentlichen Gedanken eines Praktikums hat das wenig zu tun.

Bereits im Jahr 2007 hat die DGB-Jugend gemeinsam mit der Hans-Böckler-Stiftung eine Praktikums-Befragung unter Absolventinnen und Absolventen von Universitäten initiiert. Durchgeführt wurde sie vom Arbeitsbereich Absolventenforschung an der Freien Universität Berlin. Wie überfällig diese Studie damals war, konnte man an der starken Resonanz sehen. Die Studie machte deutlich, dass der Missbrauch von Praktika Formen angenommen hat, die nicht hinnehmbar sind.

Wie sieht es vier Jahre später aus? Diese Frage haben wir uns gestellt und deshalb erfährt diese Kooperation im Jahr 2011 eine Neuauflage. Wieder haben die Hans-Böckler-Stiftung und die DGB-Jugend den Rahmen gesetzt. Heidemarie Hecht vom Arbeitsbereich Absolventenforschung von der FU Berlin hat wie bereits in der Vorgängerstudie gemeinsam mit Boris Schmidt die Befragung und Auswertung übernommen. Das Schwerpunktthema der Befragung waren Praktika nach Studienabschluss. Ich möchte an dieser Stelle allen Beteiligten herzlich danken für die gute Zusammenarbeit, den beteiligten Wissenschaftlern, der FU Berlin, der Hans-Böckler-Stiftung und natürlich der DGB-Jugend.

Ein paar Worte zu der Befragung: Insgesamt wurden 674 Absolventinnen und Absolventen befragt aus vier deutschen Universitäten – Universität Hamburg, Universität Rostock, Freie Universität Berlin sowie Universität zu Köln. Die Befragten haben einen Online-Fragebogen ausgefüllt, in dem sie ihren beruflichen Werdegang in den 3½ Jahren zwischen Studienabschluss und dem Befragungszeitpunkt beschreiben sollten.

Schon der Schwerpunkt der Befragung verdeutlicht das Problem. Eigentlich wollen Hochschulabsolventen sich nach dem Studium ins Berufsleben stürzen und endlich Geld verdienen. Früher war das auch der Normalfall, nur heute ist es leider anders. Unter den Befragten sind Praktika direkt nach dem Studienabschluss die häufigste „Beschäftigungsform“, wenn man es denn so nennen will. 28 Prozent gaben an, dass sie unmittelbar nach dem Studium erst einmal ein Praktikum, ein Trainee-Programm oder ein

Volontariat absolviert haben. Etwa ähnlich viele, 27 Prozent, landeten in befristeten Beschäftigungsverhältnissen, nur 19 Prozent, also jeder fünfte, erhielt einen unbefristeten Arbeitsvertrag. Innerhalb der ersten 3½ Jahre nach dem Ende des Studiums haben sogar 38 Prozent der Befragten mindestens ein Praktikum oder eine praktikumsähnliche Beschäftigung absolviert.

Mit dem eigentlichen Sinn von Praktika hat das nichts mehr zu tun. Praktika sind aus Sicht des DGB grundsätzlich positiv zu bewerten. Das gilt aber nur für Praktika, die ihren Namen auch verdienen. Ein richtiges Praktikum dient einer ersten beruflichen Orientierung. Im Vordergrund stehen das Lernen und einer erster Blick in den Berufsalltag. Darum sollen Praktika auch während der Ausbildung oder des Studiums absolviert werden und nicht danach.

Aber viele Unternehmen denken offenbar gar nicht mehr daran, Absolventen direkt nach dem Studium regulär zu beschäftigen. Ihr Argument: Es fehle den Hochschulabgängern an Praxiserfahrung. Glaubwürdig ist diese Begründung allerdings nicht. Zum Zeitpunkt des Studienabschlusses verfügt jede Absolventin und jeder Absolvent bereits über eine Erfahrung von durchschnittlich vier Praktika unterschiedlicher Art, Dauer und Funktion. Hinzu kommt, dass zwei Drittel der Studierenden während des Studiums „jobben“, häufig qualifiziert und fachnah.

In Wirklichkeit geht es den Arbeitgebern um etwas anderes: Praktikanten sind kostengünstig, belastbar, qualifiziert und man kann sie schnell wieder loswerden, wenn man sie nicht mehr braucht. Sie sind eine preiswerte Alternative zu regulären, sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten. Praktikanten werden immer mehr als fester Bestandteil im Betrieb gesehen und leisten vollwertige Arbeit – zu einem Spottpreis.

Leider haben sich viele Absolventen mit der Situation abgefunden. Sie rechnen gar nicht damit, eine reguläre Beschäftigung direkt nach dem Studium zu finden – trotz der guten Qualifikationen.

Wir haben die Praktikanten befragt, was aus ihrer Sicht getan werden muss, um für faire Praktika zu sorgen. Die Antworten sind eindeutig. Wir müssen dem Missbrauch der Praktika einen Riegel vorschieben.

78 Prozent, also vier von fünf Befragten, fordern regelmäßige Kontrollen in den Betrieben, um zu prüfen, ob reguläre Arbeitsplätze durch Praktika ersetzt werden.

Fast genauso viele der Befragten, nämlich 76 Prozent, stimmen zu, dass eine Mindestvergütung für Praktika festgelegt werden muss.

Hier sieht sich der DGB mit seinen Forderungen bestätigt. Der Missbrauch von Praktika muss gestoppt werden, die Politik muss endlich handeln. Es kann und darf nicht sein, dass qualifizierte Hochschulabsolventen als Praktikanten ausgebeutet werden. Sie haben lange genug gelernt und haben das Recht auf eine Chance, sich im Berufsleben zu bewähren – als angemessen bezahlte Beschäftigte und nicht als Praktikanten. Man darf nicht vergessen, dass es sich hier oft um Menschen Ende Zwanzig, Anfang Dreißig handelt, die vielleicht schon eine Familie zu ernähren haben.

Aber nicht nur bei den Praktika nach dem Studium gibt es Handlungsbedarf. Die Qualität von Praktika muss insgesamt verbessert werden, auch während einer Ausbildungs- oder Studienphase. Dazu gehört vor allem, Praktika wieder als das zu begreifen, was sie sind, nämlich ein Lernverhältnis und kein Beschäftigungsverhältnis. Der DGB hat Vorschläge unterbreitet, wie die rechtliche Situation von Praktikanten und Praktikantinnen verbessert werden kann. Dazu gehören folgende Maßnahmen:

Ein Praktikum muss im Bürgerlichen Gesetzbuch (BGB) gesetzlich definiert werden als Lernverhältnis.

Praktikanten sollen ein Recht auf einen Praktikumsvertrag haben inklusive Praktikumsplan mit Lerninhalten und -zielen für alle Praktikanten und Praktikantinnen.

Freiwillige Praktika müssen zeitlich begrenzt werden auf drei Monate. Je länger ein Praktikant im Betrieb ist, desto wahrscheinlicher ist es, dass er nicht mehr nebenher mitläuft, sondern fest in die Arbeitsabläufe eingeplant wird. Er arbeitet also regulär wie die anderen Beschäftigten, aber ohne entsprechende Bezahlung. Eine zeitliche Begrenzung kann dem entgegenwirken.

Praktikanten müssen einen Anspruch auf eine Aufwandsentschädigung haben. Deshalb sollten Praktika und ähnliche Lernverhältnisse mit mindestens 300 Euro pro Monat vergütet werden.

Praktika nach Studienabschluss lehnt der DGB grundsätzlich ab. Stattdessen sollen Unternehmen und Verwaltungen reguläre Arbeitsverhältnisse bzw. Trainee- und Berufseinstiegsprogramme anbieten. Wenn keine tariflichen Regelungen greifen, sollten sie mit mindestens 8,50 Euro pro Stunde vergütet werden müssen.

Trotz sinkender Arbeitslosigkeit und drohendem Fachkräftemangel hat sich wenig verbessert gegenüber der letzten Studie von 2007. In einigen Bereichen hat sich die Lage sogar noch verschlechtert. Es geht nicht mehr nur darum, dass Praktikantinnen und Praktikanten das

Recht auf eine faire Behandlung und professionelle Betreuung haben. Es geht längst auch darum, die Fachkräfte von morgen auszubilden und für den Arbeitsmarkt zu sichern.